

## Handlungsempfehlungen des BBE-Sprecherrats an die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ für eine neue Beteiligungs- und Engagementkultur im Netz.

Die Bedeutung der neuen Medien für das Engagement und seine Förderung nimmt kontinuierlich zu. Vor diesem Hintergrund wurde in der Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“ des BBE im Jahr 2011 ein Fachpapier im Rahmen der Unterarbeitsgruppe „Internet“ erarbeitet und im Mai 2012 vom BBE-Sprecherrat verabschiedet:

## Handlungsempfehlungen für eine neue Beteiligungs- und Engagementkultur im Netz<sup>1</sup>

### 1. Auftakt

Das World Wide Web in seiner aktuellen Generation ist per se eine Partizipationsstruktur. Traditionelle Grenzen zwischen Anbietern und Nutzern von Informationen und Diensten existieren nicht mehr. Interaktion und Dialog machen aus Konsumenten aktiv Beitragende.

Damit ist das Internet nicht nur eine besonders geeignete Infrastruktur für die (Selbst-) Organisation bürgerschaftlichen Engagements. Vielmehr trägt es die gleichen Wesensmerkmale: Selbstverantwortung, Eigensinn, Aktivität, Mitgestaltung.

Es liegt auf der Hand, dass das Netz für die Entwicklung von Engagement und Bürgerbeteiligung eine herausragende Rolle spielt. Und es ist unverkennbar und unstrittig, dass diese Bedeutung weiter steigen wird. Zugleich ist aber auch zu konstatieren, dass die Diskurse in der Netzpolitik und in der Engagement- und Demokratiep Politik noch viel zu oft parallel geführt werden. Dies möchte das vorliegende Papier ändern helfen.

Organisationen, Initiativen und engagierte Einzelpersonen gewinnen im Netz freiwillige Mitstreiter, teilen ihr Erfahrungswissen, koordinieren ihre Zusammenarbeit und verbreiten und skalieren ihre Projekte. Menschen übernehmen Tätigkeiten für weit entfernte Organisationen (Online-Volunteering). Aktivisten begeistern andere Menschen für ihre Ideen und sammeln Spenden aus aller Welt.

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen ist im Netz vergleichsweise einfach und kostengünstig zu gestalten. Dennoch bestehen für größere Teile der Bevölkerung nach wie vor größere Hürden der Beteiligung nicht nur im Internet, sondern auch im Engagement und bei der Partizipation. Diese Hürden sollten weiter abgebaut werden.

### 2. Zweck dieses Papiers

Die intensive Betrachtung des Internets als sich dynamisch entwickelnder Raum für bürgerschaftliches Engagement mit Hilfe von Experten und Praktikern bietet eine gute Grundlage für Handlungsempfehlungen an Politik und Zivilgesellschaft.

<sup>1</sup> Die Handlungsempfehlungen wurden in der Unterarbeitsgruppe „Internet“ der AG „Öffentlichkeitsarbeit“ des BBE 2011 erarbeitet und dann vom BBE-Sprecherrat in der vorliegenden Endfassung verabschiedet und der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zugeleitet. Am Papier haben in der UAG Internet federführend Uwe Amrhein (Vorstand der Stiftung Bürgermut) und Hanns-Jörg Sippel (Vorstand der Stiftung MITARBEIT) mitgewirkt.

Das vorliegende Papier versteht sich als Impuls für die Gestaltung von Netzpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Bürgerengagement und politischer Partizipation.

Wir legen dieses Papier in einer Zeit vor, in der die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages ihre Handlungsempfehlungen vorbereitet. Aus Sicht des BBE-Sprecherrats ist dieses Papier geeignet, in die Beratungen der Enquete-Kommission einzufließen und dort den Blick auf das Netz als eine wichtige Infrastruktur für Engagement und Partizipation zu lenken. Die stärkere Engführung der netzpolitischen mit den engagement- und demokratiepolitischen Diskussionen liegt im wechselseitigen Interesse.

### 3. Transparenz schaffen, Synergien nutzen, das Rad nicht neu erfinden

Es besteht kein Mangel an Internetangeboten, die sich für die Kommunikationsbedarfe der Zivilgesellschaft und für die Organisation trisektoraler Dialoge zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft eignen. Das Problem besteht vielmehr darin, dass es im Hinblick auf die vorhandene Netzinfrastruktur und ihre Möglichkeiten und Fortentwicklungen an Transparenz mangelt. Zudem fehlt es dem Gemeinwohlsektor noch immer an der nötigen Kompetenz, um diese Infrastruktur adäquat zu nutzen.

Dies gilt im Hinblick auf die großen sozialen Medien wie Twitter oder Facebook. Dies gilt aber auch für die verschiedenen Web-Projekte, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den vergangenen Jahren angeschoben worden sind. Es gab immer wieder neue, parallele Entwicklungen – beispielsweise in Form von Projektdatenbanken, Spenden- und Freiwilligenbörsen und Kommunikationsplattformen.

- *Empfehlung:* Um Synergien zu nutzen, Parallelentwicklungen zu vermeiden und Ressourcen – vor allem auch öffentliche Fördermittel – effizient einzusetzen, ist eine umfassende Kartierung der bestehenden Netzaktivitäten zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements anzustreben. Die Nutzung vorhandener Infrastruktur ist dem Aufbau neuer Webdienste vorzuziehen. Eine Landkarte der engagementfördernden Netzinfrastruktur kann der öffentlichen Hand helfen, die Förderung von Parallelentwicklungen zu vermeiden.
- *Empfehlung:* Sinnvoller als die Förderung neuer Großprojekte wäre eine trisektoral (also durch öffentliche Zuschüsse, Stiftungen und Unternehmen) geförderte, zivilgesellschaftlich betriebene Beratungsagentur, die gemeinnützigen Organisationen kostenfrei hilft, die vorhandene Netzinfrastruktur für ihre Kommunikationsbedarfe optimal zu nutzen. Eine solche Beratungsagentur könnte eng mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) verbunden sein. Diese trisektoral getragene, unabhängige Beratungsagentur könnte auch die o.g. „Landkarte“ erstellen und den Austausch der relevanten Organisationen als ständiges Synergie-Forum organisieren.

### 4. Netz-Innovationen für Engagement und Beteiligung unbürokratisch fördern

Die Fördermechanismen der öffentlichen Hand und anderer fördernder Stellen (Stiftungen, Großunternehmen) entsprechen nicht der Dynamik, mit der Innovationen im Web heute entstehen. Hochwirksame Webdienste und Plattformen für Engagement und Partizipation entstehen häufig in privater Initiative und außerhalb etablierter Strukturen.

Solche Initiativen sind oft in der Logik öffentlicher Förderung nicht zuwendungsfähig (beispielsweise mangels Rechtsform) oder aufgrund ihrer Kleinteiligkeit nicht in der Lage, die erforderlichen Verwaltungsaufgaben (Antragstellung, Verwendungsnachweise etc.) zu erfüllen. Zugleich kennzeichnet diese Innovatoren häufig ein verblüffend geringer Finanzbedarf.

- *Empfehlung:* Starthilfe für solche kleinen, innovativen Lösungen könnte aus einem Innovationsfonds in Form von Mikro-Krediten und extrem einfach und unbürokratisch zugänglichen Zuwendungen geleistet werden.

Zielgruppe eines solchen Innovationsfonds wären sowohl Social-Start-Ups wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen. Ein Experten-Team ist dem Fonds als Beirat zugeordnet. Es leistet kostenlose inhaltliche Unterstützung, coacht ggf. beim Unternehmensaufbau bzw. der Organisationsentwicklung und verschafft Zugänge zu Partnern, um nachhaltige Perspektiven zu entwickeln. -- Zudem könnte die Homepage des BBE als Wissens- und Kompetenzplattform nicht nur für die dort vernetzten Mitgliedsorganisationen in Fragen der Engagementförderung ausgebaut werden.

### 5. Lokale Engagement – Kompetenz stärken – auch im Netz

Die Möglichkeiten, Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements im Internet umfassend sichtbar und für Interessierte zugänglich zu machen, stellen sich in den Kommunen und Mittlerorganisationen höchst unterschiedlich dar.

Zum Teil existieren von öffentlichen Stellen selbst geschaffene Inselfösungen, die jedoch keine bundesweite Vernetzung erlauben. Regional übergreifende Lösungsversuche scheiterten an dem Problem, die Daten lokal stetig aktuell zu halten und an dem Konflikt zwischen dezentraler inhaltlicher Verantwortung und einer zentralen Datenverwaltung.

Kommerzielle Anbieter (z.B. Freinet) bieten eine sehr gute Verwaltungssoftware für Mittlerorganisationen (z.B. Freiwilligenagenturen und -zentren) an, die allerdings keine Dateneingabe und Administration durch die im System registrierten Organisationen zulässt. Die Engagementangebote müssen von der jeweiligen Freiwilligenagentur bzw. dem jeweiligen Freiwilligenzentrum eingetragen werden. Zudem ist hier nur die Freiwilligenvermittlung im Sinne einer Stellenbörse, nicht aber die Selbstdarstellung von Organisationen mit Ansprechpartner und Beschreibung möglich. Auch die Bedarfe der Beratung und Vernetzung sollten stärker bedient werden.

- *Empfehlung:* Benötigt wird ein System, das in dezentraler, kommunaler Verantwortung betrieben wird – und dennoch eine bundesweite Darstellung der Angebote ermöglicht, Kommunen, lokalen Organisationen und Bürgern kostenlos zur Verfügung steht, sich einfach und harmonisch in bestehende Webangebote von Ländern, Kommunen und Mittlerorganisationen integrieren lässt, nicht von staatlicher Seite (top down) oktroyiert, sondern von Bürgern für Bürger in kommunaler Regie betrieben wird, ein universelles Werkzeug zur Darstellung, Kontaktvermittlung, als Stellen- und Sachspendenbörse, als Beratungs- und Vernetzungsplattform bequem nutzbar ist und so einfach zu bedienen ist, dass Organisationen ihre Präsenz leicht selbst pflegen können.

### 6. Die neuen Engagementformen im Netz stärken

Das Online-Volunteering, die Freiwilligenarbeit über das Internet, ermöglicht auch jenen Menschen ein Engagement, die sich nicht ohne weiteres vor Ort für ihre Ziele und ihre Ideale engagieren kön-

nen. Zu denken ist an Menschen, die wegen körperlicher Beeinträchtigungen, Pflegefällen in der Familie oder anderweitigen Verpflichtungen an ihr Zuhause gebunden sind, die ihren Arbeitsplatz nicht verlassen können (bspw. bei Einsatzbereitschaft) oder die ihr engmaschiger Zeitplan von einem freiwilligen Engagement abhält. Mit dem Angebot, sich auch über das Internet engagieren zu können, wurden im angloamerikanischen Raum bereits gute Erfahrungen gemacht.

Tatsächlich gehört das Online-Volunteering in Ländern wie den USA und Kanada bereits zum guten Ton der öffentlichen Beteiligung. Als ein deutliches Zeichen, dass die Beteiligung freiwillig Engagierter über das Internet im angloamerikanischen Raum üblich ist, kann die standardmäßige Auswahlmöglichkeit „volunteer online“ in US-amerikanischen Matchingportalen wie [www.1-800-volunteers.org](http://www.1-800-volunteers.org) gelten.

Obleich es in Deutschland schon viele Freiwilligenprojekte und -initiativen gibt, bei denen der Internet Einsatz ein wesentlicher Bestandteil ist, sind wir von einem strategischen Einsatz der Möglichkeiten, die das Internet heute bietet, noch weit entfernt. Wenn in den Eingabemaschinen deutscher Engagementsuchmaschinen auf die Auswahloption „Online-Engagement“ verzichtet wird, liegt dem die Vorstellung eines physisch präsenten Freiwilligen zugrunde. Auf alternative Formen des freiwilligen Engagements (bspw. der Online-Freiwilligenarbeit) wird verzichtet.

- *Empfehlung:* Mit einem Volunteer-Online-Button, wie er bei US-amerikanischen Matchingplattformen üblich ist, würde auf alternative Wege freiwilligen Engagements hingewiesen und das Spektrum der Zugangswege für eine aktive Zivilgesellschaft erweitert.

### 7. Die Qualität der engagementfördernden Internetangebote der Bundesländer verbessern

Alle Bundesländer verfügen mittlerweile über eine Internetseite, die über das bürgerschaftliche Engagement im jeweiligen Land informiert. Die Websites richten sich an Engagierte, Interessierte und bürgerschaftliche Akteure. Einige Bundesländer halten zudem Angebote zum Unternehmensengagement bereit. Die meisten Länderseiten zum Engagement werden direkt von den Landesregierungen betrieben und redaktionell gepflegt. Vier Bundesländer haben die redaktionelle Betreuung bürgerschaftlichen Akteuren übertragen, in zwei Bundesländern werden die Seiten von Betreiberorganisationen gepflegt. *Einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Redaktionen gibt es bisher nicht.*

Die Landesregierungen nutzen die Länderportale, um über Ihre Aktivitäten zum bürgerschaftlichen Engagement wie beispielsweise über landeseigene Förderprogramme und Maßnahmen der Anerkennungskultur zu informieren. Einige Redaktionen (z.B. Nordrhein-Westfalen) stellen regelmäßig Best-Practice Projekte vor und informieren über bundesweite Themen und Aktionen aus der Bürgergesellschaft.

Auf acht Länderportalen können Interessierte mit Hilfe von Ehrenamts-Suchmaschinen oder Freiwilligenbörsen nach Qualifizierungsmaßnahmen oder einem freiwilligen Engagement suchen. Rund ein Drittel der Länderseiten bietet Veranstaltungs-, Projekt- und Organisationsdatenbanken, die interaktiv gepflegt werden können und es den bürgerschaftlichen Akteuren ermöglichen, ihre Arbeit und Aktivitäten darzustellen. Die Möglichkeit, Datenbankangebote in lokale Engagementseiten einzubinden, bieten nur zwei Bundesländer. Nur vereinzelt sind die Länderportale mit Social Media-Diensten wie Facebook oder Twitter verknüpft.

- *Empfehlung:* Wir schlagen vor, im Rahmen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement eine länderübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten und einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Redaktionen der Länderportale zu organisieren.

Derzeit gibt es zwischen den Redaktionen der Länderportale keinen systematischen Informations- und Erfahrungsaustausch. Zwar treffen sich die Vertreter der Bundesländer und des Bundes regelmäßig in den sogenannten Bund-Länder-Runden zum Thema Bürgerschaftliches Engagement. Ein Austausch über die Internetportale der Bundesländer und deren Inhalte findet kaum statt. Hier geht wertvolles Wissen und Synergiepotential verloren.

- *Empfehlung:* Wir schlagen vor, bürgergesellschaftliche Akteure mit der Konzeption und der redaktionellen Betreuung der Länderportale zu betrauen.  
Die Praxis zeigt, dass sowohl die staatlichen Akteure wie auch die Bürgergesellschaft davon profitieren, wenn bürgergesellschaftliche Akteure mit der redaktionellen Betreuung der Länderportale betraut werden und zugleich eine gute Anbindung an das zuständige Ministerium sichergestellt wird.

Als Best-Practice können Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt gelten. Dort ist die redaktionelle Betreuung an zivilgesellschaftliche Organisationen vergeben worden, die im Bereich der Engagementförderung langjährig tätig sind und über entsprechende Kompetenzen und Netzwerke verfügen. Als Experten im Feld können sie glaubwürdig Orientierung, Informationen und Hilfe für bürgerschaftlich Engagierte, Engagementinteressierte und zivilgesellschaftliche Akteure bieten. Ihre redaktionelle Verankerung in der Bürgergesellschaft erhöht die Akzeptanz der Website bei den Zielgruppen und die Qualität des Angebots. Ein Beispiel: Das Länderportal des Landes Nordrhein-Westfalen wurde bis zum Jahr 2007 von einer kommerziellen Agentur betreut. Dann wechselte die Redaktion zu einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Die Zugriffszahlen haben sich seitdem annähernd vervierfacht.

- *Empfehlung:* Wir schlagen vor, den Ländern und Kommunen eine Open-Source-Softwarelösung für Engagementportale anzubieten.  
Weniger als die Hälfte aller Länderportale bieten dem Nutzer die Möglichkeit, nach Engagementmöglichkeiten zu suchen oder selbst Angebote einzutragen. Dabei gibt es fertig entwickelte und erprobte Lösungen, die allen Ländern und interessierten Kommunen angeboten werden könnten.

Um interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu eröffnen, flächendeckend über das Internet nach Engagementmöglichkeiten zu suchen und selbst Angebote einstellen zu können, sollte den Bundesländern und Kommunen eine IT-Infrastruktur für Engagementportale angeboten werden. Eine einheitliche Open Source Lösung führt zu einer Standardisierung der Engagement-Datenbanken und zu niedrigeren Kosten. Die Software kann gemeinsam weiterentwickelt werden. Auch für die kommunale Ebene ist eine solche IT-Infrastruktur notwendig und sinnvoll. Die lokalen und regionalen Engagement-Angebote lassen sich bündeln, das Engagement wird auch überregional sichtbar.

- *Empfehlung:* Wir schlagen vor, dass die Länder gemeinsam Qualitätsstandards für Länderportale definieren und damit einen Anreiz für eine vergleichbare internetbasierte Engagementförderung in den Ländern schaffen.  
In einem ersten Schritt geht es darum, Erfolgskriterien für die internetbasierte Engagementförderung zu identifizieren und weiterzuentwickeln. Was bewährt sich und wird nachgefragt, was bewährt sich eher nicht? Qualitätsstandards sind beispielsweise:

- ein konzeptioneller Aufbau der Website orientiert an den Interessen und Bedürfnissen der Nutzer/innen
- eine klare Strukturierung der Webseiten und eine nutzerfreundliche Gestaltung (Usability)
- aktuelle und redaktionell gepflegte (Fach-)Informationen
- Transparenz der Förderstrukturen

- interaktive Elemente, die es Engagierten und Organisationen erlauben, sich mit ihren Kommentaren, Vorschlägen und Ideen einzubringen (Termine, Projektdarstellungen, News)
- Trisektorale Ansprache (Bürgergesellschaft, Staat, Wirtschaft)
- Datenbanken und Freiwilligenbörse (nutzerfreundlich über Eingabemaske)
- Werkzeuge, die eine Vernetzung der Akteure unterstützen.

### 8. Partizipations- und Konsultationsformate im Netz erleichtern

Neue Interaktionsmöglichkeiten im Web erweitern die politischen Räume für bürgerschaftlich Engagierte und ermöglichen neue Formen der politischen Kommunikation. Lokale Initiativen zur Demokratieentwicklung erhalten durch innovative Formen der internetgestützten Bürgerbeteiligung (e-democracy) Auftrieb.

Der Zugang zu politischen Informationen wird erleichtert, neue Formen der politischen Teilhabe und der Kommunikation zwischen Politik und Bürgerschaft und innerhalb der Bürgergesellschaft sind entstanden. Online-Diskussionen, Online-Abstimmungen, Online-Petitionen, Online-Kampagnen sind praktische Möglichkeiten der Beteiligung und politischen Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger.

Immer mehr politische Prozesse werden ins Internet verlegt, das Web ist zu einem Medium der Kommunikation und des Austauschs geworden. Politische Information, Meinungsbildung und Deliberation, Agenda Setting, Selbstorganisation und Mobilisierung sind nur einige Stichworte. Zudem strahlen die Themen, Debatten und politischen Aktionen im Netz immer mehr auch auf die traditionellen Medien aus.

Entlang von Interessen, Themen, politischen Überzeugungen entstehen virtuelle politische Communities, die politische Kommunikation wird vielfältiger. Es gilt, den gewachsenen Ansprüchen politisch interessierter und gut informierter Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen. Sie erwarten einen einfachen Zugang zu politischen Informationen (Open Data), transparente politische Prozesse und die Teilhabe an der politischen Meinungs- und Entscheidungsfindung.

- *Empfehlung:* Wir schlagen vor, eine Informationsplattform aufzubauen, auf der sich Interessierte aus Politik und Verwaltung über Partizipationsangebote und Tools und deren Anbieter informieren können.
- *Empfehlung:* Wir schlagen vor, eine universell nutzbare Beteiligungsplattform zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen.  
Es fehlt eine zentrale Partizipations-Plattform, die potentiellen Initiatoren von webgestützten Beteiligungsprozessen (öffentliche Institutionen, Kommunen, bürgerschaftliche Akteure und Mitgliederorganisationen, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen) eine kostengünstige Möglichkeit bietet, methodisch fundiert Beteiligung zu organisieren und zu dokumentieren, ohne individuelle Werkzeuge entwickeln oder einkaufen zu müssen.

Mit dieser Partizipationsplattform sollen vor allem die Anwender erreicht werden, die bislang wegen der hohen Kosten für Einzelinstallationen nicht in der Lage waren, Online-Beteiligungsprozesse zu realisieren. Zu denken ist beispielsweise an die virtuelle Mitgliederversammlung einer Umweltschutzorganisation, die kollaborative Erarbeitung von lärmindernden Maßnahmen für eine Kommune durch die Bürgerschaft oder die Beteiligung der Bürger/innen an der Haushaltsplanung ihrer Kommune.

Viele kleine und große Projekte sollen auf dieser skalierbaren Partizipations-Plattform betrieben werden. Sie soll zu einer zentralen Anlaufstelle im Netz werden, wo gemeinschaftliche Themen und Belange diskutiert und verhandelt werden.

Die Partizipations-Plattform soll standardisierte Beteiligungsverfahren für kleine Kommunen, Vereine, Interessengruppen und Verbände ermöglichen. Bürger/innen, Expert/innen, Konsument/innen, Mitglieder und Mitarbeiter/innen sollen sich in öffentlichen oder geschützten Räumen an der Meinungs- und Entscheidungsfindung beteiligen können. Die Verfahren sollen mit wenig Betreuung und Beratung auskommen.

Die Plattform soll ein klares und einfaches Verfahren ermöglichen, das das Wissen, die Ideen und Vorschläge der vielen sichtbar macht, sie zu konkreten Maßnahmen bündelt und in einer Abstimmung priorisiert. Viele kleine und große Projekte können so auf einer gemeinsamen Plattform betrieben werden, die Kosten für ein einzelnes Projekt sinken deutlich.

Der BBE-Sprecherrat im Mai 2012